

Carbonara-Zoff, Chlorhühnchen und Veggie-Burger

Moritz Küpper

Geboren 1980 in Köln,
promovierter Politik-
wissenschaftler,
Korrespondent des
„Deutschlandfunk“,
Studio Brüssel.

Die Europäische Union und ihre Lebensmittelkämpfe

Italiens Landwirtschaftsminister traut seinen Augen nicht: Er sieht ein Glas Carbonara-Sauce in einem Supermarktregal – und das ausgerechnet im Europäischen Parlament in Brüssel. Francesco Lollobrigida, der auch Minister für Ernährungssouveränität seines Landes ist, gibt sich fassungslos: Es müsse eine „sofortige Untersuchung“ geben, entrüstet er sich auf Facebook. Denn: Statt des traditionellen Guanciale, also der toskanischen Schweinebacke, findet sich in dieser Supermarktsoße aus dem Glas nur Pancetta. Und das ist Speck aus der Region Latium. Eine Sünde. Außerdem sei die italienische Fahne auf dem Etikett irreführend, suggeriere es doch die Herkunft aus Italien. Beides sei inakzeptabel, so der Minister. Ein Skandal. Solche Waren stünden für „das Schlimmste“, was das Phänomen der italienisch klingenden Lebensmittel zu bieten habe, schrieb Lollobrigida. Der belgische Hersteller *Delhaize* dagegen wehrt sich: Man habe nie behauptet,

dass die Produkte in Italien gefertigt würden. Außerdem würden in ihrer Carbonara dafür andere italienische Zutaten wie etwa *Grana Padano DOP* (*Denominazione di Origine Protetta*, das italienische Siegel für Produkte mit geschützter Herkunftsbezeichnung) verarbeitet.

Der Fall von Ende November 2025 machte international Schlagzeilen – Medien aus ganz Europa berichteten: Vom „Carbonara-Zoff in Brüssel“ war schnell die Rede. „Berechtigte Kritik oder Quatsch mit Soße?“, fragte das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel*. Denn: Was mancherorts als üblicher Social-Media-Aufreger abgetan werden könnte, hat durchaus einen politischen Hintergrund. Seit Jahren kämpfen Regierungen aus Rom gegen falsche italienische Produkte. Namen und Symbole aus dem Land werden oft benutzt, die Produkte stammen aber überhaupt nicht aus Italien. Der nationale Agrarverband *Coldiretti* schätzt den Schaden, der der italienischen Volkswirtschaft dadurch entsteht, auf rund 120 Milliarden Euro pro Jahr.

Anspruch auf kulturelle Deutungshoheit

Jüngster Vorstoß: Ministerpräsidentin Giorgia Meloni versucht – gemeinsam mit Lollobrigidas Landwirtschaftsministerium –, die italienische Küche zum immateriellen UNESCO-Weltkulturerbe erklären zu lassen. Sie selbst beifert den Wert der italienischen Küche laut *Euronews* auf „weltweit 250 Milliarden Euro“. Und auch für dieses Vorhaben könnte die Skandalisierung der „Fake-Carbonara“ im Europäischen Parlament – Stichwort: Aufmerksamkeit – nun hilfreich sein. Zumal das Ganze nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine kulturpolitische Dimension hat: Immer wieder hat Meloni – mit der Betonung der „authentischen“ italienischen Küche – den Anspruch auf kulturelle Deutungshoheit untermauert. Und sie ist damit nicht allein: Der jüngste und anhaltende

Kampf um das Verbot von Begriffen wie „Wurst“ und „Schnitzel“ für Fleischersatz („Soja-Schnitzel“ und „Veggie-Burger“) lässt grüßen. Traditionelle Gerichte als Schauplatz für (nationale) Kulturkämpfe.

Das kleine, skurrile Beispiel aus dem Parlamentssupermarkt, das nun in den digitalen Welten seine Reichweiten sucht, zeigt jedoch nicht nur, dass Lebensmittel oft hochpolitisch sind. Es ist auch ein Beleg für grundätzliche Konflikte innerhalb der Europäischen Union: das ständige Ringen zwischen einheitlichen Standards und kultureller Vielfalt. Regulierung, heißt es dann oft, Bürokratie. Doch eine der bedeutendsten europäischen Erfolgsgeschichten ist die Harmonisierung des Lebensmittelrechts. Europaweit gleiche Qualitäts- und Sicherheitsstandards – zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher. Bei gleichzeitiger Vielfalt. Denn, siehe Lollobrigidas Carbonara: Europa, das ist auch bayerisches Bier, Champagner, irischer Whiskey, Kalamata-Oliven und polnischer Wodka. Alle diese Produkte sind durch EU-Recht geschützte Erzeugnisse. Von Seiten der Europäischen Kommission heißt es dazu: „Die EU-Vorschriften für Qualitätsregelungen haben zum Ziel, die Namen bestimmter Erzeugnisse zu schützen, um ihre mit ihrem geografischen Ursprung sowie dem regionspezifischen Know-how verbundenen einzigartigen Eigenschaften herauszustellen.“

In die zweite Kategorie fallen – aus Deutschland – traditionelle Spezialitäten wie Schwäbische Spätzle, Nürnberger Lebkuchen, Allgäuer Bergkäse und Thüringer Rostbratwurst. Es liegt aber nicht nur in der kulinarischen Vielfalt der 27 Mitgliedstaaten, anhand derer sich die Erwartungen an und Widersprüchlichkeiten innerhalb der Europäischen Union erzählen lassen. Die Entstehung und Geschichte, Funktion und Aufgabe, Stärken und Schwächen der Europäischen Union waren und sind schon oft eng mit Lebensmitteln verbunden.

Was auch an der exklusiven Zuständigkeit der Europäischen Union im Bereich Agrar- und Handelspolitik sowie für den Binnenmarkt und für den Verbraucherschutz liegt. Auch der Kampf um Handelsabkommen und Zollpolitik, die sich oft um den Im- und Export von Lebensmitteln drehen, ist ein Zuständigkeitsbereich, dazu die Versorgungssicherheit durch die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP). Gerade Letzterer kommt als Instrument für Ernährungssicherheit, Nachhaltigkeit und ländliche Entwicklung eine herausragende Bedeutung zu: EU-Agrarpolitik, so sehen es viele, ist ein Eckpfeiler der europäischen Integration.

Übersteuerung bei der Ernährungssicherung

Die Geschichte der Europäischen Union – von der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Gemeinschaft (EG) bis hin zum heutigen Status – ist nicht nur eine Geschichte von Kohle und Stahl, sondern auch eine von Butterbergen und Milchseen, den Symbolen einer mitunter übersteuerten Gemeinsamen Agrarpolitik. Bis heute ein (finanzIELLER) Grundpfeiler der Europäischen Union, offenbaren sich auch an der im Juni 1962 in Kraft getretenen GAP die Errungenschaften, aber auch die Auswüchse der europäischen Agrarpolitik: Geschaffen mit dem Ziel, die Menschen Europas nach dem Ende des Krieges sicher zu ernähren, sorgte die GAP durch staatlich garantierte Preise für Milch, Getreide und Fleisch dafür, dass aus der Unterversorgung der 1950er-Jahre rasch eine Überproduktion wurde. Gut gemeint stellte sich als schlecht gemacht heraus: Egal, wie viel die Bauern ernten oder molken – die EWG-Staaten kauften es auf. Ende der 1960er-Jahre türmten sich Butterberge von 150.000 Tonnen auf, deren Menge weiter wuchs. Fleischüberschüsse und die

sprichwörtlichen Milchseen kosteten die EWG-Staaten viel Geld. Zumal die garantierten Preise für Milch oder Getreide weit über Weltmarktniveau lagen und die auf dem Weltmarkt erzeugten Produkte damit nur subventioniert ins außereuropäische Ausland zu verkaufen waren. Eine Entwicklung, die mit der Milchquotenregelung in den 1980er-Jahren gestoppt werden sollte. Doch auch das scheiterte. Planwirtschaft. Durch den Druck der einsetzenden Globalisierung musste sich Europa wettbewerbsfähig machen. Kurz nach der Jahrtausendwende – auch im Zuge der EU-Osterweiterung – kam die Umstellung auf Direktzahlungen an Bauern, bemessen an ihren Agrarflächen.

Begleitet wurden diese Jahrzehnte der Reformen durch Bauernproteste – die bis heute anhalten. Bereits in den 1970er-Jahren kamen Hunderttausende in Belgien Hauptstadt zusammen. Und auch der nun geplante Umbau der EU-Architektur durch die Europäische Kommission über den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) wird davon begleitet: Straffer, flexibler und wirkungsvoller soll der Haushalt werden. Bedeutet: mehr Geld für andere Felder, was aber – bei keinen großen Steigerungen der Einzahlungen durch die Mitgliedstaaten – gleichzeitig die Gemeinsame Agrarpolitik schwächen und renationalisieren könnte. Das wäre ein weitreichender Schritt, um den gerungen wird. Und der – erneut – den Widerstand der Landwirte provoziert: sei es mit Kühen vor dem Europäischen Parlament in Straßburg oder mit Traktoren auf den Straßen in Brüssel.

Hier zeigt sich ein weiteres Phänomen der Europäischen Union: Vor allem Lebensmittel polarisieren. Nicht nur bei Landwirtschaftsthemen, sondern auch in Handelsfragen. Auch hier gilt die Erkenntnis: Nur gemeinsam werden die EU-Staaten global künftig mitreden können. Erst recht in Zeiten, in denen die Konkurrenz aus den USA, China, aber auch aus aufstrebenden Ländern wie Indien immer größer

wird. Doch: Obwohl es diese grundsätzliche Feststellung gibt, hängt es oft an Details – und widersprüchlichen nationalen Interessen. Der jüngste Zollkonflikt mit den Vereinigten Staaten unter US-Präsident Donald Trump hat den Europäern zwar nochmals die Bedeutung von Freihandelsabkommen vor Augen geführt, doch der Weg dahin ist mühsam. So mühsam, dass man schon mal den Überblick verliert: Ende Oktober 2025 wurde nach dem EU-Gipfel fälschlicherweise der Abschluss des EU-Mercosur-Abkommens verkündet. Später wurde klar, dass es sich dabei nur um einen Beschluss gehandelt hatte, technische Probleme mit den Übersetzungen zu klären.

„Viehzucht versus Autos“

Der Druck jedoch, dass dieses Abkommen nun kommt, ist groß: Seit 1999 – also mehr als ein Vierteljahrhundert – verhandelt die Europäische Union mit den vier Mercosur-Staaten Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay, um die mit 700 Millionen Einwohnern weltweit größte Freihandelszone zu schaffen. Der jüngste Zollkonflikt der Europäischen Union mit den USA hat Dynamik in den Prozess gebracht, doch der Widerstand bleibt groß – und hängt an Lebensmitteln: Vor allem französische Bauern fühlen sich durch aus Südamerika importiertes Rindfleisch und andere Lebensmittel bedroht. In der Bretagne kam es jüngst zu Protesten vor einem Autohaus. Auf einem Plakat war zu lesen: „Viehzucht gegen Autos“. Der Import von südamerikanischem Rindfleisch gegen den Export von deutschen Autos, davor besteht die Furcht. Ob das verfängt? Fraglich. Die im Jahr 2027 anstehenden Wahlen in den Mercosur-kritischen Ländern wie Polen und Frankreich, die aufgrund der starken rechtspopulistischen

und EU-skeptischen Lager als Schicksalswahlen für die Europäische Union ausgerufen werden, werfen ihre Schlaglichter voraus. Und: Die Furcht vor importierten Lebensmitteln hat schon so manches Freihandelsabkommen erfolgreich torpediert.

Das wohl berühmteste Beispiel: das Chlorhuhn, mit dessen Hilfe das TTIP-Abkommen (Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft) zwischen der Europäischen Union und den USA zu Fall gebracht wurde. Innerhalb kürzester Zeit war es den Gegnern des Freihandelsabkommens in den 2010er-Jahren gelungen, ein pickeliges, desinfiziertes Geflügel zum Wappentier der Anti-TTIP-Bewegung zu machen. Obwohl die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit und auch das Bundesamt für Risikobewertung betonten, dass das Huhn, das nach seiner Schlachtung durch ein chlorhaltiges Wasserbad gezogen wird, um Erreger wie Salmonellen und Campylobacter abzutöten, keinesfalls gesundheitsgefährdend sei, führte die Angst davor dazu, dass die Bemühungen um TTIP im Sande verliefen.

Auch die erste Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten trug dazu bei. Dessen konfrontative Handelspolitik entfaltet nun aber anderweitig ihre Kraft – auch bei italienischen Nudelgerichten. Denn: Die vom US-Handelsministerium verhängten Anti-Dumping-Zölle in Höhe von 92 Prozent, die ab dem Jahr 2026 gelten sollen, würden dazu führen, dass das Geschäft für italienische Nudelhersteller unrentabel werden würde. Wenn die Amerikaner allerdings nur ansatzweise so gern Nudeln essen wie die Deutschen, dann könnte es für US-Präsident Trump ungemütlich werden. Und es zeigt: Die politische Kraft der Lebensmittel, sie ist nicht zu unterschätzen. Nicht nur innerhalb der Europäischen Union, sondern auch außerhalb.